

die Waagschale. Renten- und Schuldverschreibungen sollen nach den Ausführungsvorschriften des Bundesrathes zu dem Reichsstempelgesetz II Nr. 6, Abs. 1 (Neumann, Börsensteuergesetz, S. 83) von der Stempelabgabe befreit bleiben, wenn die auszugebenden Obligationen nur zum Zwecke des Umtausches, also ohne Veränderung des durch die zurückzuziehenden Stücke beurkundeten Rechtsverhältnisses ausgestellt werden. Die Befreiung soll unter anderen schon dann keine Anwendung finden, wenn die neu auszugebenden Renten- oder Schuldverschreibungen zu einem anderen Zinsfuße ausgestellt sind, als die zurückzuziehenden. Für Aktien ist der Fall eines Umtausches unter Aufrechthaltung des bisherigen Rechtsverhältnisses als einer gesetzlichen Regelung bedürftig nicht angesehen worden. Es erscheint nicht erforderlich, die Frage zu entscheiden, ob beim Nichtvorhandensein einer gesetzlichen Regelung der Frage in dem Falle eines Umtausches von Aktien unter Aufrechthaltung des alten Rechtsverhältnisses eine Befreiung von der Stempelsteuer anzunehmen sein möchte. Die oben entwickelten Gründe erfordern in dem hier vorliegenden Falle, in welchem das Anttheilsrecht der Aktieninhaber nach den Stammprioritätsaktien eine wesentlich andere Gestalt erhalten hat, als nach den Stammaktien, die Aufrechthaltung des Berufungsurtheils ohne Rücksicht darauf, ob das Gesetz die Aktien strenger als die Schuldverschreibungen behandeln will, oder ob beide für den Fall des Umtausches gleichgestellt sein sollen.

II. Die Steuerbehörde hat ferner in dem Rechtsvorgange der Anschaffung der Stammaktien in Stammprioritätsaktien gegen Zahlung von Zwanzig vom Hundert des Nennwerthes der Aktien, Anschaffungsgeschäfte im Sinne des Tarifs zu II 4 A des Reichsstempelgesetzes vom 29. Mai 1885 erblickt und die dieser Auffassung entsprechende Steuer von der Klägerin erfordert. Die von der Klägerin auf Rückzahlung des gezahlten Betrages erhobene Klage ist in beiden Vorinstanzen für begründet erachtet worden. Das Berufungsgericht hat das Vorhandensein von Anschaffungsgeschäften darum verneint, weil es sich bei dem fraglichen Rechtsvorgange um die Ausgabe von Aktien Seitens einer Aktiengesellschaft an ihre Aktionäre und nicht um ein hiervon verschiedenes Erwerbsgeschäft gehandelt habe.

Der vom Beklagten gegen seine Verurtheilung eingelegten Revision muß stattgegeben werden. Ein Anschaffungsgeschäft ist jedes auf den Erwerb von Eigenthum an beweglichen Sachen gerichtete entgeltliche Vertragsgeschäft. Bei den hier in Frage stehenden Rechtsvorgängen handelt es sich um Geschäfte, welche von der klagenden Aktiengesellschaft mit einzelnen Aktionären abgeschlossen sind, und durch die eine Anschaffung der den Aktionären zustehenden, in den Stammaktien beurkundeten Anttheilsrechte am Gesellschaftsvermögen gegen Zahlung eines auf Zwanzig vom Hundert des Aktienbetrages berechneten, zur Vermehrung der Betriebsmittel der Gesellschaft bestimmten Entgeltes in der Art stattgefunden hat, daß andere, in den Stammprioritätsaktien beurkundete Anttheilsrechte an die Stelle jener in den Stammaktien sich darstellenden Anttheilsrechte getreten sind. Diese Geschäfte, durch welche einige Aktionäre an Stelle ihrer früheren Stammaktien gegen Zuzahlung des angegebenen Betrages Stammprioritätsaktien von der Gesellschaft erworben haben, fallen unter den oben angegebenen Begriff des Anschaffungsgeschäftes.

Das von der Klägerin in Bezug genommene in Sachen des Fiskus wider die Deutsche Rück- und Mitversicherungsgesellschaft in Berlin ergangene reichsgerichtliche Urtheil vom 20. Februar 1888 (I 7 385/87) steht dem Klageanspruch nicht zur Seite. Das bezeichnete Urtheil spricht aus, daß die Zeichnung von Aktien einer noch erst zu gründenden Aktiengesellschaft nicht unter den Begriff eines der in der Tarifnummer 4a des Reichsstempelgesetzes vom 1. Juli 1881 aufgeführten Geschäfte falle. Diese Geschäfte sind Kauf-, Rückkauf-, Tausch- und Lieferungsgeschäfte. Im vorliegenden Falle handelt es sich aber weder um die Zeichnung von Aktien

einer zu gründenden Gesellschaft, noch um die Frage, ob eine der angezogenen Bestimmungen des älteren Reichsstempelgesetzes aufgeführten Geschäfte vorliege. Es sind vielmehr Rechtsgeschäfte einer bereits gegründeten Aktiengesellschaft mit ihren Aktionären in Frage und der Begriff eines Anschaffungsgeschäftes im Sinne der Tarifnummer 4a des Reichsstempelgesetzes vom 29. Mai 1885 ist weiter, als der Kreis der zur Tarifnummer 4a des Reichsstempelgesetzes vom 1. Juli 1881 aufgeführten Geschäfte. Eine Beantwortung der Frage, ob die Zeichnung von Aktien einer noch erst zu gründenden Gesellschaft unter den Begriff eines Anschaffungsgeschäftes im Sinne des Reichsstempelgesetzes vom 29. Mai 1885 zu bringen sein möchte, macht der gegenwärtige Rechtsstreit nicht erforderlich.

III. Aus den vorstehenden Gründen ist die Revision der Klägerin zurückzuweisen, auf die Revision des Beklagten aber das Berufungsurtheil, soweit dasselbe den Beklagten zur Zahlung von 340 Mark nebst Zinsen verurtheilt, und in Ansehung des Kostenpunktes aufzuheben, und die Klägerin auch mit ihrer auf Zahlung dieses Betrages gerichteten Klage abzuweisen, die gesamten Kosten des Rechtsstreites aber sind der Klägerin aufzulegen.

Erkenntniß des Landgerichts zu Chemnitz v. 22./6. 88.

Im Namen des Königs!

In der Strafsache gegen den Eisenbahn-Bodenmeister Fürchtegott Eduard Th. aus T. wegen Zollvergehens hat, auf die von dem Königl. Amtsanwälte zu A., sowie von dem als Nebenkläger zugelassenen Königl. Haupt-Zollamte daselbst

gegen das Urtheil des Königl. Schöffengerichts zu A. vom 4. April 1888 eingelegten Berufungen, die IV. Strafkammer des Königl. Landgerichts zu Chemnitz in der Sitzung vom 22. Juni 1888

für Recht erkannt:

Auf die von dem Königl. Amtsanwälte zu A. und von dem Nebenkläger eingelegten Berufungen wird das freisprechende Urtheil des Königl. Schöffengerichts zu A.

aufgehoben

und es wird der Angeklagte Th. wegen zweier Zollvergehen gegen § 151 des Vereins-Zollgesetzes zu einer

Geldbuße von sechs Mark

und zu Tragung der Kosten der Strafverfolgung in erster Instanz verurtheilt, auch wird nach Maßgabe von § 153 Z. 2 des V.-Z.-Gesetzes für die erkannte Geldbuße und die Kosten des Verfahrens in erster Instanz die Königl. Sächsische Staats-Eisenbahnverwaltung haftbar gemacht.

Die durch die Rechtsmittel entstandenen Kosten des Verfahrens bleiben außer Ansaß.

G r ü n d e.

Das Berufungsgericht hat nach den Ergebnissen der vor ihm stattgehabten anderweiten Beweisaufnahme, insbesondere auf Grund der den Auslassungen des Angeklagten F. E. Th. zu entnehmenden erheblichen Geständnisse in Verbindung mit dem vorgetragenen Inhalte der in den beiliegenden Aktenheften M. 304 und Nr. 313 des nach Bl. 1b und Bl. 12b als Nebenkläger zugelassenen Königl. Hauptzollamtes zu A. enthaltenen sog. Begleitscheine I zunächst folgendes Thatsächliche für bewiesen angenommen:

Der Angeklagte Th. ist auf der Station A. der Königl. Sächs. Staats-Eisenbahnverwaltung als Bodenmeister angestellt und als solcher namentlich auch berufen und verpflichtet, die hinsichtlich solcher bei der Güter-Expedition dieser Station eingehenden Transport-Güter, für welche nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften zunächst noch eine zollamtliche Behandlung stattzufinden hat, erforderlichen Dienstgeschäfte zu besorgen.

Im November 1887 sind dabei in die amtliche Innehabung des Angeklagten Th. kurz nach einander zwei Kisten-